

Tausch der Stromfresser

Modellprojekt gegen Energiearmut ausgeweitet / Bereits 2000 Haushalte haben vom Stromspar-Check profitiert

Die Caritas in NRW weitet ihr Modellprojekt „NRW bekämpft Energiearmut“ aus. In Aachen, Bochum, Dortmund, Köln und Krefeld fördert der katholische Wohlfahrtsverband ab sofort den Umtausch von energiefressenden Kühlgeräten: Bezieher von Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe oder Wohngeld und deren Familien erhalten einen 100-Euro-Gutschein für die Anschaffung eines energieeffizienten A++-Kühlgerätes, wenn das neue Gerät mehr als 200 kWh pro Jahr einspart und das alte Gerät fachgerecht entsorgt wird. Denn die größten „Stromfresser“ im Haushalt sind ein alter Kühlschrank oder eine überdimensionierte Gefriertruhe.

Der Kühlschranktausch ist Teil der aufsuchenden Energieberatung der Caritas in NRW, bei der umfassend geschulte Stromsparhelfer den Energie- und Wasserverbrauch der Haushalte ermitteln und analysieren. In einem zweiten Haushaltsbesuch werden die jeweils notwendigen Energiesparartikel wie Energiesparlampen, schaltbare Steckerleisten und Durchflussbegrenzer mit einem Wert von durchschnittlich ca. 70 Euro eingebaut. Zudem geben die Stromsparhelfer – selbst ehemalige Langzeitarbeitslose – in dieser Beratung auf Augenhöhe Tipps zur Nutzung sowie zum energieeffizienten Verhalten im Alltag. Seit einem Jahr sind 50 Stromsparhelferinnen und -helfer in den fünf Modellstand-

orten unterwegs und haben bisher mehr als 2000 arme Haushalte besucht. Jeder Haushalt spart seit diesem Stromspar-Check durchschnittlich 162 Euro an Energie- und Wasserkosten im Jahr. Langfristig werden so insgesamt mehr als 4000 Tonnen CO₂-Emissionen vermieden. Vom gesunkenen Energieverbrauch profitieren auch die Kommunen: Sie tragen – zusammen mit dem Bund – die Kosten der Unterkunft bei Beziehern von Arbeitslosengeld II und sparen daher nach jedem Check knapp 250 Euro im Jahr ein.

„Die Aktion ist eine Prävention gegen Energiearmut“, betont der Sprecher der Diözesan-Caritasdirektoren in NRW, Heinz-Josef Kessmann. Der Stromspar-Check sei aber nur ein erster Schritt auf dem Weg, die Energiewende auch sozial auszugestalten. Vor Kurzem erst habe eine Studie des Deutschen Caritasverbandes nachgewiesen, dass „das Budget für Strom im Regelsatz zu niedrig bemessen ist“. „Steigerungen der Strompreise müssen rechtzeitig aufgefangen werden, bevor es zu Stromsperrern kommt“, forderte Kessmann, der Diözesan-Caritasdirektor für die Diözese Münster ist.

Die aufsuchende Energieberatung der Caritas in NRW ist eine Säule des Kooperationsprojektes „NRW bekämpft Energiearmut“, das zusammen mit der Energieschuldenberatung der Verbraucherzentrale NRW vom NRW-Umweltministerium gefördert wird. Das Projekt besteht seit Anfang Oktober 2012. ◀

M. Lahrmann

GEPA: Planungs- und Rechtssicherheit gefordert

Der Paderborner Diözesan-Caritasdirektor Josef Lüttig hat die geplante Neufassung des Alten- und Pflegegesetzes sowie des Wohn- und Teilhabegesetzes – kurz GEPA NRW – kritisiert.

Die Caritas teile zwar ausdrücklich das übergreifende Ziel dieses Gesetzes, die ambulante Versorgung in der eigenen Häuslichkeit und neue, quartiersnahe Wohnformen und damit Selbstbestimmung und Teilhabe zu fördern. Allerdings sei mit dem GEPA-Entwurf „der ungewöhnliche Fall eingetreten, dass ein Gesetz auf den Weg gebracht wird, das jegliche Finanzierungsregelungen vermeidet“, sagte Lüttig vor Journalisten. Zur Entwicklung und Stärkung einer demografiefesten, teilhabeorientierten Infrastruktur und zur Weiterentwicklung und Sicherung der Qualität von Wohn- und Betreuungsangeboten für ältere Menschen, pflegebedürftige Menschen, Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen (so der Titel des Gesetzes) gehöre Planungs- und Rechtssicherheit für die Leistungsanbieter. Immerhin seien diese zu erheblichen Investitionen bei den baulichen Anforderungen verpflichtet. „Wenn eine höhere Einzelzimmerquote in den stationären Einrichtungen umzusetzen ist, was wir ausdrücklich unterstützen, muss auch die Finanzierung geklärt sein.“ Ohne klare Regelungen sei zu befürchten, dass Altenhilfe-Träger auf ihren Investitionskosten sitzen blieben. Dies werde im schlimmsten Fall eine Insolvenz-Welle größeren Ausmaßes nach sich ziehen. „Das Gegenteil vom GEPA wäre dann erreicht, die bewährte Altenhilfe-Struktur in unserem Land käme ins Wanken“, betonte Lüttig. ◀



„Caritas in NRW – AKTUELL“
ist der Informationsdienst der Diözesan-Caritasverbände Aachen, Essen, Köln, Münster und Paderborn.

Er erscheint sechsmal im Jahr.

Zu bestellen bei:

Caritas in NRW

Redaktion

Lindenstraße 178

40233 Düsseldorf

Telefon: 02 11/51 60 66 20

Telefax: 02 11/51 60 66 25

E-Mail: redaktion@caritas-nrw.de

Bestellungen auch über die Pressestellen der nordrhein-westfälischen Diözesan-Caritasverbände.

ISSN 1611-3527

Weniger Schulabbrecher in NRW

Studie: Caritas stellt neue Zahlen zu Schulabgängern ohne Hauptschulabschluss vor

Im Jahr 2011 verließen in vielen Städten und Kreisen in NRW weniger Jugendliche die Schule ohne einen Hauptschulabschluss als noch zwei Jahre zuvor. In Düsseldorf sank die Quote um fast drei Prozentpunkte auf 6,55 Prozent. Auch Wuppertal konnte sich um über zwei Prozentpunkte verbessern. Schlusslicht ist Mönchengladbach mit konstant 8,3 Prozent. Der NRW-Durchschnitt liegt bei 5,7 Prozent gegenüber 6,49 Prozent im Jahr 2009.

In Köln stieg die Quote entgegen dem Trend minimal auf knapp sechs Prozent Schulabgänger ohne Abschluss. „Jeder Jugendliche ohne Schulabschluss leidet unter einem Mangel an Chancen für die Zukunft. Das ist kein Zustand, der hingenommen werden darf“, resümierte Dr. Frank Joh. Hensel, Diözesan-Caritasdirektor für das Erzbistum Köln, die Ergebnisse der Studie. „Woran es im Einzelnen liegt, dass die Zahl der Jugendlichen ohne Schulabschluss gesunken ist, lässt sich schwer sagen. Einige Kommunen sind auf dem richtigen Weg“, sagte Hensel. Die Bemühungen der Politikerinnen und Politiker sowie weiterer Akteure vor Ort dürfen nun nicht abreißen. Es gilt weiterhin, an Bildungsgerechtigkeit und Teilhabe sogar schon im Kleinkindalter zu arbeiten. Besonders in die Pflicht zu nehmen seien nun auch die Arbeitgeber: „In unseren Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe ist häufig zu beobachten, dass die Jugendlichen ernsthafte Probleme beim Übergang von der Schule in den Beruf haben“, sagte Hensel. Trotz Abschluss sei es schwierig, eine Lehrstelle oder einen Job zu finden. „Unsere Aufgabe ist es, Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber zu motivieren, den Jugendlichen eine Chance zu geben und sie einzustellen.“ Dazu gehöre neben der Weitergabe von formaler Bildung in der Schule auch stärker die Vermittlung von Alltagsfähigkeiten, Wissen über Gesundheit und Ernährung oder über berufliche Möglichkeiten. „In den meisten Schulen wird schon jetzt sehr viel Wert auf non formale Bildung gelegt. Auch unterhalb von benoteten Abschlüssen und Zertifikaten gibt es sehr viel zu gewinnen“, forderte Hensel. In der Stadt Mönchengladbach blieb die Quote der Schulabgänger ohne Abschluss konstant hoch bei 8,3 Prozent. Mönchengladbach ist auch die Kommune mit hoher Arbeitslosenquote (11,1 Prozent). „Das macht

den Zusammenhang zwischen beiden Zahlen deutlich und fordert uns heraus, eine konsequente Politik der Befähigung vom frühen Kindesalter an zu realisieren und so die Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss weiter zu reduzieren“, betonte Burkard Schröders, Diözesan-Caritasdirektor im Bistum Aachen.

„Jeder Jugendliche ohne Schulabschluss ist einer zu viel. Denn diese jungen Menschen haben nur eingeschränkte Perspektiven und sehen sich mit vielfältigen Problemen in ihrer weiteren Lebensplanung konfrontiert“, betonte Schröders.

Hinweis: Die Daten der Studie lassen sich für jedes Bundesland, jeden Kreis und jede Stadt auf einer interaktiven Landkarte abrufen: www.caritas.de/bildungschancen. ◀

Keine Panik, Minijobber!

Die Caritas im Bistum Essen hat Medienberichte zurückgewiesen, wonach Hunderten geringfügig Beschäftigter zum Jahresende der Arbeitsplatzverlust drohe.

„Die Arbeitsrechtliche Kommission der Caritas auf Bundesebene sucht intensiv nach Lösungen für die Weiterbeschäftigung nach Dezember 2013“, erklärte der Direktor der Caritas im Ruhrbistum, Andreas Meiwes. Mit einer Entscheidung werde im Oktober gerechnet. Die Tarifregelung für die Minijobber läuft zum Jahresende aus. Wegen neuer gesetzlicher Vorgaben wird mit Mehrkosten gerechnet. Laut Meiwes gibt es für die 700 Minijobber bei der Caritas im Ruhrbistum keinen Grund, um ihren Job zu bangen. Es sei kein Abbau von Diensten geplant. In einzelnen Fällen werde es aber notwendig, Arbeitszeiten zu reduzieren, Arbeitsverhältnisse anzupassen oder Dienste umzustrukturieren. ◀

Reha-Einrichtungen kündigen Verträge mit den Kassen

Die katholischen Reha-Kliniken für Geriatrie in NRW haben in einer abgestimmten Aktion die Vergütungsvereinbarungen mit den Krankenkassen gekündigt. Die strukturelle Unterfinanzierung habe die Einrichtungen „ausbluten“ lassen.

Teilweise seien „trotz deutlicher Steigerung der Personalkosten die Pflegesätze seit acht Jahren nicht erhöht worden“, erklärte Marcus Proff, Referatsleiter Krankenhäuser beim Diözesan-Caritasverband Münster. Die Kosten seien aber zusammen mit den steigenden Betriebsausgaben zwischen 2006 und 2012 um 18 Prozent gewachsen. Erste Gesprächsversuche mit den Kassen seien gescheitert. Schließungen von Einrichtungen wie in anderen Bundesländern müssen nach Ansicht der Caritas in NRW vermieden werden. Sonst werde die im neuen Krankenhausplan angestrebte Vernetzung im Bereich der Geriatrie ad absurdum geführt.

Den Kassen ist in ersten Gesprächen seitens der Kliniken die Offenlegung der Wirtschaftsdaten angeboten worden, um auf dieser Basis eine sachliche Erörterung der finanziellen Sicherung zu beginnen. Bisher aber, so Proff, fehlten die Signale, das Problem ernsthaft angehen zu wollen. In anderen Bundesländern ist es zu ersten Schließungen von Einrichtungen gekommen. ◀

Impressum

Caritas in NRW – AKTUELL

Lindenstraße 178, 40233 Düsseldorf,
Tel.: 02 11/51 60 66 20, Fax: 02 11/51 60 66 25,
E-Mail: redaktion@caritas-nrw.de,
Web: www.caritas-nrw.de

Herausgeber:

Diözesan-Caritasverbände Aachen, Essen, Köln,
Münster und Paderborn, vertreten durch Diöze-
san-Caritasdirektor Andreas Meiwes, Essen.

Chefredakteur:

Abo-Fragen: Kevin Jandrey, Tel.: 02 11/51 60 66 20,
E-Mail: vertrieb@caritas-nrw.de

Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn

Anzeigenverwaltung: Bonifatius GmbH
Karl-Schurz-Str. 26, 33100 Paderborn,
Karl Wegener, Tel.: 0 52 51/1 53-2 20,
E-Mail: karl.wegener@bonifatius.de

ISSN 1611-3527

ClimatePartner 
klimaneutral

Zertifikatsnummer:
53323-1309-1002
www.climatepartner.com

Eine Million Sterne am 16.11.

NRW – Zum siebten Mal ruft Caritas international (Ci) zur Teilnahme an der bundesweiten Solidaritätsaktion „Eine Million Sterne“ auf. Die Aktion am 16. November übernimmt das Thema der diesjährigen Jahreskampagne „Familie schaffen wir nur gemeinsam“. Mit den Spendeneinnahmen will Ci Kinder und Familien in Südrussland und Westsibirien unterstützen. Im vergangenen Jahr erreichte die Berichterstattung zur Aktion „Eine Million Sterne“ allein in den Printmedien ein Publikum von mehr als zwei Millionen Lesern. Aus NRW hatten sich bis Ende August bereits 24 Orte zur Teilnahme angemeldet – ein Drittel von bundesweit 73.

Infos unter www.einemillionsterne.de ◀

Mehr Wohnraum notwendig

Köln – Mehr bezahlbare Wohnungen fordert die Caritas im Erzbistum Köln. Allein in Nordrhein-Westfalen sind 20 000 Menschen wohnungslos, bundesweit ist die Zahl mit 284 000 auf dem höchsten Stand seit 2004. „Es geht hier nicht um das Bild vom klassischen Obdachlosen, der seit Jahren auf der Straße lebt, sondern um Menschen, die ihre Miete nicht zahlen können und aus ihrer Wohnung rausmüssen und zum Beispiel in Notunterkünften landen“, sagte der Kölner Diözesan-Caritasdirektor Dr.

Frank Joh. Hensel. Viele der Betreuten in Caritas-Unterkünften könnten gut in eine eigene Wohnung ausziehen. Es fehle aber vor allem an kleinen, bezahlbaren Wohnungen in Städten wie Köln, Düsseldorf oder Bonn. „Der Bund muss sich diesen wohnungspolitischen Herausforderungen dringend stellen, und zwar bevor sich die Situation durch weiter zunehmende Wohnungslosigkeit verschärft“, betonte Hensel. Sollte sich nichts ändern, rechnet die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe mit einem Anstieg der Wohnungslosenzahlen um 33 Prozent bis zum Jahr 2016. ◀

In NRW wächst die Armut stark

NRW – In keinem anderen Bundesland ist die Gefahr, in die Armut abzurutschen, so stark gestiegen wie in Nordrhein-Westfalen. Zwischen 2005 und 2012 erhöhte sich die Armutsrisikoquote auf mittlerweile 16,6 Prozent, wie jetzt das Statistische Bundesamt mitteilte. Schon jeder sechste Mensch in NRW ist davon betroffen. Der Hartz-IV-Regelsatz für Kinder und Jugendliche bleibt auch nach Feststellung seiner Verfassungswidrigkeit realitätsfremd und geht am tatsächlichen Bedarf vorbei. Als armutsgefährdet gilt, wer weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens zur Verfügung hat. Für eine alleinstehende Person sind das aktuell 869 Euro. Vor allem in den

großen Städten NRWs ist das Risiko, arm zu werden, erheblich. Dortmund ist bundesweit trauriger Spitzenreiter mit einer Armutsrisikoquote von 26,4 Prozent. In Köln stieg die Quote von 18 (2005) auf 20,5 Prozent. „Das Schlimme ist: Wir gewöhnen uns an die steigende Armut“, so Diözesan-Caritasdirektor Dr. Frank Joh. Hensel. „Leidtragende sind oft und zuerst die Kinder, aber Armut kommt uns alle teuer zu stehen.“ In manchen Städten ist schon jetzt jedes dritte Kind arm. ◀

Begrüßungskultur entwickeln

Münster – Jungen Flüchtlingen muss es nach Auffassung der Aktionsgemeinschaft Junge Flüchtlinge ermöglicht werden, unter würdigen Bedingungen aufzuwachsen. Für sie sollte das Land NRW eine Begrüßungskultur entwickeln. Notwendig seien aber auch konkrete Maßnahmen. Die Aktionsgemeinschaft unterstützt die Forderung der Landesregierung, das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Asylbewerberleistungsgesetz umzusetzen. „Dass Asylbewerber immer noch keinen Rechtsanspruch auf ungeminderte Sozialleistungen haben, ist ein Skandal“, kritisiert Barbara Klein-Reid beim Diözesan-Caritasverband Münster, einem der Mitgliedsverbände der Aktionsgemeinschaft. ◀ *(cpm)*

Beteiligung und Mitwirkung

Treffen der Werkstatträte aus den Caritas-Werkstätten

114 Caritas-Werkstatträte aus 25 Caritas-Werkstätten für Menschen mit Behinderung trafen sich jüngst zu ihrer Jahreskonferenz in Dülmen. Eingeladen hatte Diözesan-Caritasdirektor Josef Lüttig in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Konferenz der Caritas-Werkstätten. Lüttig berichtete über die Arbeit der Konferenz und hörte sich dann Anregungen und Sorgen der Werkstatträte an, für die er ein wichtiger Ansprechpartner ist.

Bernward Jacobs, Geschäftsführer der Stift Tilbeck GmbH, stellte ein Eckpunktepapier des Caritas-Fachverbandes Behindertenhilfe und Psychiatrie vor. Bekräftigt wird darin, die Existenz der Werkstätten als Orte des Lernens und des Arbeitens weiterhin zu gewährleisten. Stärker unterstützt werden

müsse allerdings auch der Übergang in den allgemeinen Arbeitsmarkt für die Menschen mit Behinderung, die einen Wechsel wollen und auch durchstehen. Es gibt in NRW 104 Werkstätten für behinderte Menschen mit etwa 72 000 Beschäftigten. 28 Werkstätten mit etwa 17 500 Beschäftigten sind in Trä-

gerschaft der Caritas. Deren Werkstatträte haben sich zu einer Landesarbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen. ◀ *W. Heer*



Syrische Flüchtlinge: Familienzuzug erleichtern

Caritas begrüßt zusätzliche Aufnahme weiterer Flüchtlinge durch das Land NRW und fordert, deren Lebenshaltungskosten mitzutragen

Die Caritas begrüßt die Anordnung des nordrhein-westfälischen Innenministers Ralf Jäger (SPD) an die Ausländerbehörden, weitere 1000 Flüchtlinge aus Syrien aufzunehmen und neuerdings auch die Kosten im Krankheitsfall zu übernehmen. Gleichzeitig forderte der Wohlfahrtsverband Innenminister Jäger auf, bei der Prüfung der Voraussetzung für eine Aufnahme großzügig zu sein und die Kosten für Unterkunft und Verpflegung nicht allein den hier lebenden Familienangehörigen aufzubürden.

Die Anordnung ermöglicht es hier lebenden Syrern oder deutschen Staatsangehörigen, syrische Familienangehörige zu sich zu holen. Die Aufnahme ist jedoch an hohe Hürden geknüpft: Kommen darf nur, wer Verwandte hat, die mit ihrem Einkommen nachweisen, für den Lebensunterhalt (Unterkunft und Verpflegung) der Neuankommlinge sorgen zu können.

Dazu Kölns Diözesan-Caritasdirektor Dr. Frank Joh. Hensel. „Es ist ein richtiger Schritt, dass die öffentliche Hand die Kosten übernimmt, die im Krankheitsfall entstehen, denn viele Flüchtlinge sind traumatisiert oder verletzt und brauchen psychologische Betreuung.“ Aber diese Regelung könnte ins Leere laufen, wenn nicht auch weitere Lebenshaltungskosten mitgetragen werden.

Hensel: „Das Land NRW muss aus humanitären Gründen einspringen, wenn die hier lebenden Angehörigen an die Grenzen ihrer Hilfsbereitschaft gelangen.“ Auch der Paderborner Diözesan-Caritasdirektor Josef Lüttig begrüßte das Aufnahmeprogramm der NRW-Landesregierung. Er sprach sich dafür aus, die Hürden für Hilfe nicht zu hoch zu legen: „Wir fordern das Land auf, die Prüfung der Aufnahmevoraussetzungen so zu gestalten, dass eine Aufnahme von Flüchtlingen nicht an der finanziellen Belastung der aufnehmenden Personen und Familien scheitert, und sich an der Aufnahmeanordnung des Bundes vom Mai 2013 zu orientieren“, sagte Lüttig. Flüchtlinge sollten Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bekommen, um die sie

aufnehmenden Verwandten zu entlasten. Seit 2008 hat Deutschland rund 18 000 syrische Flüchtlinge aufgenommen, viele von ihnen befinden sich allerdings noch im Anerkennungsverfahren. Insgesamt haben seit Ausbruch des Krieges mehr als zwei Millionen Syrer ihr Land verlassen. „Viele aufnehmende Personen und Familien benötigen Hilfe bei der Bereitstellung von Unterkunft und Verpflegung für ihre Verwandten“, sagte Lüttig. ◀

Rechtliche Betreuung: Caritas startet Online-Beratung

Viele Menschen haben Fragen zur Rechtlichen Betreuung oder möchten eine Vollmacht aufsetzen. Sie suchen Hilfe zum rechtlichen Verfahren oder benötigen Unterstützung bei einer Entscheidung als ehrenamtlicher Betreuer. Ab sofort können sich Interessierte und Betroffene hierzu auch über das Internet beraten lassen. Über 80 eigens geschulte Beraterinnen und Berater aus den Betreuungsvereinen der verbandlichen Caritas beraten anonym und kostenlos. *Zugang über www.caritas.de (Menüpunkt: Online-Beratung)* ◀



**Gemeinsam
Zukunft
sichern!**

Versicherungsverein
auf Gegenseitigkeit

Altersvorsorge

Unsere Stärken – Ihre Vorteile

- Hohe Garantieleistungen und jederzeitige Beitragsflexibilität
- Allein den Mitgliederinteressen verpflichtetes Unternehmen
- Tarife ohne Abschlussprovision und dadurch hohe Vertragsguthaben ab dem ersten Beitrag

Nur für Mitarbeiter von
Kirche und Caritas und
deren Angehörige!



SELBSTHILFE
Pensionskasse der Caritas VVaG

Mehr Informationen: www.sh-rente.de
info@sh-rente.de · Tel.: 0221 46015-0